



Niederschrift

über die Sitzung

des Beirates für Migration und Integration der Stadt Mainz

am 09.11.2023

Anwesend

- Vorsitz

Nemazi-Lofink, Peimaneh

- Mitglieder

Cavlak, Semih Zisan
Cengiz, Altan
Vasquez-Caicedo Le Roux, Gloria
Conrad, Franziska, Dr.
Boos-Waidosch, Marita
Driessen, Jan Hendrik

- Schriftführung

Wittmer, Carlos

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Abdulkader, Wina
Akdeniz, Merve
Ay, Sidikan Zilan
Aydinli, Zehra
Celebi, Hasan
Ertürk, Ümit
Ganovic, Irma
Gökpinar, Ayhan
Jabaghchourian, Khajag
Lofink, Yasmin
Namazi, Sarah
Sari, Emre Sitki
Seker, Ebru
Sevim, Canan
Tasci, Ömer
Yeter, Elif
Yildiz, Esra
Laabdallaoui, Chakir
Lauzi, Myriam

- beratende Mitglieder

Kilian, Diana

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Kenntnisnahme über die Niederschrift vom 05.10.2023
2. Vorstellung Bürgerbeteiligung und Jugendbeteiligung in Mainz (Monika Roth, Renate Kochenrath, Katharina Bertz)
3. Austausch Mainzer Flüchtlingsrat (Friedrich Vetter)
4. Zusammenhaltspreis
5. Anträge
6. Berichte aus den Ausschüssen/Gremien
7. Einwohner:innensprechstunde
8. Verschiedenes

Es wird festgestellt, dass mit sieben Mitgliedern der Beirat nicht beschlussfähig ist. Die Vorsitzende erläutert, dass die heutige Sitzung ein Nachholtermin vom Juni 2023 sei und begrüßt dann die eingeladenen Referent:innen.

öffentlich

Punkt 1 Kenntnisnahme über die Niederschrift vom 05.10.2023

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen. Es gibt keine Einwände.

Punkt 2 Vorstellung Bürgerbeteiligung und Jugendbeteiligung in Mainz (Monika Roth, Renate Kochenrath, Katharina Bertz)

Es wird über die Historie der Bürgerbeteiligung seit 2018 gesprochen. Auch wenn beispielsweise das Jugendamt schon seit über 35 Jahren Kinder- und Jugendbeteiligung fördert, wurden nun erstmals eine Koordinierungsstelle und ein Beirat für Bürgerbeteiligung geschaffen. Für den Beirat gab es eine Kampagne, bei der Mainzer Bürger:innen aufgefordert wurden, sich ehrenamtlich im Beirat zu beteiligen. Die Resonanz war mit über 630 Bewerber:innen sehr hoch; es wurden 3 Beiratsmitglieder plus 5 Stellvertretungen ausgelost. Die Koordinierungsstelle informiert den Migrationsbeirat über die Arbeit des Beirats für Bürgerbeteiligung und bittet um Unterstützung, um künftig Migrant:innen und Migrant*innenorganisationen zu erreichen, wenn ein Vorhaben geplant wird, das für Menschen mit Migrationshintergrund eine besondere Relevanz haben könnte. Beim Losverfahren konnten mindestens 68 Bewerbungen mit Migrationshintergrund ermittelt werden, doch nicht alle konnten für den Beirat für Bürgerbeteiligung gezogen werden.

Die Vertreterin der Jugendbeteiligung berichtet über die Gremien und Gruppierungen, die sich mit Kinder- und Jugendbeteiligung beschäftigen. Besonders erwähnenswert ist das Format der Mainzer Jugendkonferenz, die 2023 zum zweiten Mal stattfindet. Die Jugendlichen loben den Austausch mit erwachsenen Vertreter:innen aus Kommunalpolitik und der Verwaltung auf Augenhöhe.

Aus dem Beirat für Migration und Integration wird gefragt, ob bei der Jugendkonferenz auch inklusive Schulen eingebunden werden. Für 2023 ist das geplant.

Die Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung wird gefragt, wie genau die Rolle der Politik, der Bürgerschaft und der Verwaltung bei Vorhaben sich gestaltet. Am Beispiel der „Schusterstraße“ wird erklärt, inwieweit Kriterien erfüllt sein müssen, dass ein Vorhaben mit Bürgerbeteiligung durchgeführt wird. Bei lokalen Projekten wird auf jeden Fall die Ortspolitik eingebunden, um Kenntnis über die Meinung der Bürger:innen zu haben.

Es wird nach der Länge der Legislatur gefragt; der Beirat für Bürgerbeteiligung soll künftig analog zum Stadtrat gewählt werden.

Man erhofft sich, dass der Beirat in naher Zukunft dann auch eigene Vorschläge für Vorhaben einbringt. Laut Geschäftsordnung kann derzeit der Sprecher des Beirats schon in städtischen Gremien vorsprechen, um sich entweder Beratung durch die Gremien zu holen oder um für Vorhaben vorzusprechen.

Es wird noch nach der Motivation gefragt, warum man sich als Sprecher des Beirats für Bürgerbeteiligung aufstellen lässt. Die Antwort weist insbesondere auf den Faktor Zeit hin, den man mitbringen muss, um diese ehrenamtliche Arbeit gewissenhaft ausführen zu können.

Punkt 3 **Austausch Mainzer Flüchtlingsrat (Friedrich Vetter)**

Die Vertreter des Mainzer Flüchtlingsrat berichten über die Arbeit und Entwicklung des Flüchtlingsrats seit der Geburtsstunde 1990. Damals war der Beirat für Migration und Integration in die Flüchtlingsarbeit beratend eingebunden.

Der Mainzer Flüchtlingsrat trägt drei Themen vor:

1.) Situation der Mainzer Ausländerbehörde

Die Fluktuation, die Bezahlung und die Belastung der Mitarbeitenden ist dem Flüchtlingsrat bekannt. Insbesondere die Komplexität der Rechtsfälle ist enorm gestiegen und stellt die Mitarbeitenden vor Herausforderungen.

2.) Wohnungslage in Mainz

Die Zahl der geförderten Wohnungen sei in den letzten Jahren gesunken. Derzeit gebe es noch 5.700 geförderte Wohnungen, von denen 5.400 der Wohnbau Mainz GmbH gehören. Jährlich zum Tag des Flüchtlings am 20. Juni überreicht der Mainzer Flüchtlingsrat dem Oberbürgermeister einen Brief mit Forderungen, u.a. um die Wohnungslage zu erleichtern.

3.) Betreuungsschlüssel in Unterkünften

Schon seit den 90er Jahren sei der Schlüssel sehr hoch. Man erhoffe sich nun von der geplanten Senkung von 1:100 auf 1:80, dass diese im Stadtrat genehmigt wird. Trotzdem sei die Lage in Unterkünften bezüglich Quadratmeterzahl für die Geflüchteten und die Mehrbettzimmer nicht integrationsfördernd.

Der Mainzer Flüchtlingsrat bittet am Ende seiner Stellungnahme den Beirat für Migration und Integration um Unterstützung, gerade auch hinsichtlich der Kommunalwahlen 2024.

Die Vorsitzende informiert, dass zur nächsten Beiratssitzung die neue Leiterin der Ausländerbehörde eingeladen sei. Man werde die Themen auf jeden Fall mitnehmen. Außerdem sei eine Podiumsdiskussion bezüglich der Wahlen 2024 geplant.

Generell sind sich alle Anwesenden einig, dass in der Führung der Ausländerbehörde seit einigen Jahren eine deutliche Verbesserung eingetreten sei. Trotzdem würden Fälle zeigen, dass eine fachliche Begleitung die Angelegenheiten der Hilfesuchenden beschleunigt.

Wichtig sei hier auch die Rolle der Parteien, um die Themen breit zu streuen.

Man stellt fest, dass die Transformation von einer Dienstleistungsbehörde zu einer Servicebehörde kooperierend von statten gehen muss.

Die Vorsitzende bietet dem Mainzer Flüchtlingsrat an, Anträge und Gesuche jederzeit beim Beirat einreichen zu können.

Der Mainzer Flüchtlingsrat verabschiedet sich mit dem konkreten Wunsch, beim Pilotprojekt „150 Millionen Euro für ein Wohnprogramm“ die Unterstützung des Beirats zu erhalten.

Punkt 4 **Zusammenhaltspreis**

Dieser Punkt wird verschoben. Die Geschäftsstelle wird gebeten, zu prüfen, ob der Tagesordnungspunkt bei der nächsten Sitzung abgestimmt werden kann, auch wenn der Beirat erneut nicht beschlussfähig ist, da dieser Tagesordnungspunkt nun schon zum zweiten Mal aufgerufen wurde und eigentlich bereits per Umlaufverfahren als Mail im Frühjahr 2023 abgestimmt wurde. Die Geschäftsstelle wird dies prüfen.

Punkt 5 **Anträge**

Werden nicht aufgerufen.

Punkt 6 **Berichte aus den Ausschüssen/Gremien**

Es erfolgt keine Berichterstattung.

Punkt 7 **Einwohner:innensprechstunde**

Es findet keine Einwohner:innensprechstunde statt.

Punkt 8 **Verschiedenes**

Zum Gedenktag 09.11.1938 verurteilt die Vorsitzende aufs Schärfste, die begangenen Verbrechen, die verübt wurden.

In Anbetracht der jetzigen Lage des Nahostkonflikts, über welche auch im Beirat vorgesehen gewesen war, zu sprechen, wird auf die Sitzung im Dezember verschoben.

Darüber hinaus berichtet sie über ein geführtes Interview mit dem SWR am 13.10.2023 – hier wurde sie unmittelbar nach den Ereignissen am 07.Oktober zu ihrer Einschätzung gefragt. In diesem Gespräch hat sie ihren Standpunkt deutlich gemacht.

Weitergehend berichtet die Vorsitzende von einem Treffen auf Landesebene, zu der die Antisemitismusbeauftragte des Landes und der Beauftragte des Landes für Migration und Integration eingeladen hatten. Sechs Landesverbände von muslimischen Organisationen in Rheinland-Pfalz und Vertretungen von jüdischen Gemeinden haben sich ausgetauscht. Die Landesregierung begrüßt den aufgenommenen Dialog.

Die Vorsitzende macht den Vorschlag eine Friedenserklärung zum Nahen Osten zu formulieren und mit dem Oberbürgermeister abzustimmen. Auch er habe in diese Richtung gute Ideen. Das Thema bzw. der formulierte Vorschlag soll bei der nächsten Sitzung aufgegriffen werden.

Ende der Sitzung: 19.35 Uhr

gez. Peimaneh Nemazi-Lofink

.....
Vorsitz

gez. Carlos Wittmer

.....
Schriftführung